

Gemeinde Wiedemar
Kyhnaer Hauptstraße 29
04509 Wiedemar /OT Kyhna
gemeinde.wiedemar@wiedemar.de

Landesverband Sachsen e.V.
Ortsgruppe Delitzscher Land
Frau Martina Demitrieff
Bismarckstr. 6 A
04509 Delitzsch
034202-863267
info@bund-delitzsch.de

<http://bund-delitzsch.de>

Delitzsch, den 22.09.2023

**Betreff: Stellungnahme zum Bebauungsplan „Industrievorsorgegebiet Wiedemar“
und zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Rahmen der öffentlichen Beteiligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Wiedemar plant die Erschließung eines sogenannten „Industrievorsorgegebiets Wiedemar“ zwischen den Ortsteilen Pohritzsch, Zschernitz und der Bundesstraße B 183a des Verwaltungsverbandes Wiedemar sowie dem Delitzscher Ortsteil Storkwitz.

Die BUND Ortsgruppe Delitzscher Land e.V. nimmt dazu wie folgt Stellung.

Das Vorhaben wird abgelehnt.

BEGRÜNDUNG

Seit den 70er Jahren verlieren wir im Umfeld von Leipzig immer mehr landwirtschaftliche Nutzflächen. Zunächst waren es die Braunkohletagebaue, dann die sich ausweitenden Gewerbe- und Industrieflächen sowie der Flughafen, welche sich immer weiter unbebauter Gebiete bedienen.

Die wirtschaftlichen Erfordernisse für die Bebauungsplanung Industrievorsorgegebiet wurden seitens der Gemeinde Wiedemar nicht hinreichend begründet und stehen im Widerspruch zu den Klimazielen der Bundesregierung.

Landwirtschaft als kritische Infrastruktur muss geschützt, gestärkt und gefördert werden. Für die Versiegelung einer im Ertragsreichtum kaum zu überbietenden Fläche kann es in der Realität keinen Ausgleich geben.

Der Boden kann und soll hier mit seinen wichtigen Funktionen als Wasserspeicher/-puffer, Grundwasserfilter und Lebensraum für Tausende Kleinstlebewesen erhalten bleiben. Er dient der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln. Die Freifläche kühlt die Umgebung und ist damit ein Baustein für das Mikroklima der Region. Mit Verbrauch und Versiegelung der Fläche fallen diese Funktionen weg.

Hausanschrift:
BUND Sachsen
Str. der Nationen 122
09111 Chemnitz

Bankverbindung:
GLS Bank
IBAN DE57 4306 0967 116.
7482 01
BIC GENDEM1GLS

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN DE84 4306 0967 116.
7482 00
BIC GENDEM1GLS

Vereinsregister:
Chemnitz VR 783
Steuernummer:
215/140/00740

Der BUND ist ein anerkannter Naturschutzverband nach § 32 Sächsisches Naturschutzgesetz.
Spenden sind steuerabzugsfähig.

Dies kann nicht im Sinne des Klimaschutzes und des Flächensparziels sein und ist nicht zukunftsfähig.

Aufgrund der bestehenden und zukünftigen klimatischen und politischen Risiken dürfen die hochkomplexen Herausforderungen der Zukunft nicht isoliert betrachtet werden. Der Stellenwert einer gesicherten Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land darf nicht hinter der Bedeutung unabhängiger Industrieproduktion zurückstehen. Dies bestätigt auch die nationale Sicherheitsstrategie, bei welcher die Ernährungssicherheit besonders hervorgehoben wird.

Der Umbau unserer Handels- und Versorgungsstrukturen zugunsten eines größeren Anteils regionaler Produkte bei der Versorgung der Bevölkerung ist eine wichtige Stellschraube, um unsere Zukunft nachhaltiger zu gestalten.

Wir lehnen daher eine "Zielabweichung" ab. Die hier betrachtete Fläche muss gemäß Flächennutzungsplan als Vorbehalts- und Vorranggebiet für die Landwirtschaft erhalten bleiben. Für die Schaffung industrieller "Vorsorgegebiete" muss eine Standortanalyse erfolgen, die nicht von den Bedürfnissen global agierender, profitorientierter Firmen ausgeht. Wenn die Landesregierung eine Fläche von 400 ha aktiv bewirbt, werden potenzielle Investoren diese Fläche gern in Anspruch nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass Schlüsseltechnologiefirmen mit wesentlich kleineren Flächen auskommen.

Hinzu kommt, dass in den Planungsunterlagen nicht mehr die Rede von nur *"einer Großansiedlung"* ist, sondern es wird die Ansiedlung von *"ein bis zwei Firmen"* als Ziel formuliert. Für zwei angestrebte Firmenansiedlungen benötigt man jedoch deutlich weniger Fläche pro Firma und kann diese auch wesentlich flexibler gestalten. Eine unter dieser Prämisse durchgeführte Prüfung alternativer Standorte vermissen wir im vorliegenden B-Plan-Entwurf.

Wenn Unternehmen zusätzliche Flächen für ihre Entwicklung benötigen, darf die Inanspruchnahme von Ackerland nur erfolgen, wenn alle Alternativen vorab geprüft und verworfen werden mussten. Wir sehen im Großraum Nordwestsachsen genügend alte Industriebrachen, die ohnehin einer Nachnutzung und Revitalisierung zugeführt werden müssen. Wir sehen auch die Möglichkeit, dass Flächen auf dem völlig unterausgelasteten Flughafen Leipzig/Halle, z.B. auf dem nördlichen Flugfeld, für solche Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten.

In Zeiten dramatisch sinkender Grundwasserspiegel, Wasserknappheiten, fortschreitenden Artensterbens und Nahrungsmittelknappheiten in weiten Teilen der Welt kann die geplante Vernichtung von wertvollem Ackerland nur als ignorant und dreist bezeichnet werden. Mit der Vertretung der Interessen der jetzigen, aber vor allem der zukünftigen Generationen an einem gesunden Klima und einer Ernährungssicherheit kann diese nicht gerechtfertigt werden.

Angesichts annähernder Vollbeschäftigung und einer großen Nachfrage nach Fachkräften bei allen Unternehmen in der Region, stellt sich die Frage, woher die zusätzlichen Fachkräfte für die hier ggf. anzusiedelnden Hochtechnologie-Unternehmen kommen sollen? Im schlechtesten Fall werden sie mit Abwerbepremien und höheren Bezügen aus ortsansässigen Unternehmen abgeworben, was diese regionalen Unternehmen schwächen und schlimmstenfalls in ihrer Existenz gefährden würde.

In der Folge würden Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern dieser Unternehmen sinken bzw. wegfallen. Es ist bekannt, dass es gerade internationale Großunternehmen verstehen, lokale Steuerpflichten zu umgehen.

Es gibt also berechtigte Zweifel, ob das Ziel erhöhter Steuereinnahmen durch Ansiedelung überregionaler und internationaler Konzerne erreicht werden kann. Bisher haben die heimische Industrie und das lokale Gewerbe mit ihren Grund- und Gewerbesteuern maßgeblich dazu beigetragen, dass die vorhandenen Kitas, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen finanziert werden konnten.

So zeigt die Firmenansiedlung von INTEL bei Magdeburg schon jetzt, dass internationale Großkonzerne nur dann kommen, wenn sie von der öffentlichen Hand mit Milliarden-Beträgen subventioniert werden.

In der „Ansiedlungspolitik“ muss eine Zeitenwende eintreten. Bisherige Modelle müssen dringend hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Ein weiter so wie bisher, kann es auch in diesem Bereich nicht mehr geben.

Die Zukunft der Gemeinde Wiedemar muss nachhaltig gestaltet werden, damit auch unsere Kinder und Enkel hier leben können und wollen.

Wir fordern Sie deshalb mit aller Eindringlichkeit auf, den von Ihnen eingeschlagenen Weg im Interesse der ortsansässigen Wirtschaft, der Bürgerinnen und Bürger und v.a. im Interesse der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen nicht weiter zu verfolgen. Jetzt ist noch Zeit, die Ausgaben für ein scheiterndes Projekt zu begrenzen und nicht ausufern zu lassen.

Auf Grund der Tragweite des Projekts bereitet unser Landesverband, der Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen e.V. eine ausführliche Stellungnahme vor, auf die wir in Bezug auf Detailfragen verweisen.

Mit freundlichen Grüßen


Martina Demitrieff

Vorsitzende


Kathrin Barth


Luisa Gruber